Nummer 280 — Halle, Montag, den 25. September 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis 5 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 65.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 54.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Erscheinungsort Mark 6.00, im auswärtigen Verkehr Mark 8.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 15.00 im Erscheinungsort und Mark 25.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelzentrale: Sammel-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung. Banthaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsänderungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Das Angebot an Angora.

Die Note der Alliierten an Kemal / Einmarsch der Türken in die neutrale Zone? / Die geeinte neue Sozialdemokratie / Deutscher Wahlsieg in Polnisch-Oberschlesien / Hochflut neuer Gesetze.

Verhandlungsbereit!

Vor einer Erfüllung von Kemals Forderungen?

Paris, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.) Wie Havas mitteilt, lautet der Text der Einladung an die Regierung von Angora, über den sich Curzon, Sforza und Poincaré geeinigt haben, folgendermaßen: Die drei alliierten Regierungen bitten die Regierung von Angora, sie gefälligst wissen zu lassen, ob sie geneigt wäre, unverzüglich einen bevollmächtigten Vertreter zu einer Zusammenkunft zu entsenden, die in Venedig oder anderswo stattfinden wird und zu der mit Vertretern der Türkei gleichzeitig die Bevollmächtigten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Rumäniens, Südslawiens und Griechenlands eingeladen werden würden. Die Zusammenkunft wird stattfinden, sobald die notwendigen Anordnungen durch die interessierten Regierungen getroffen sein würden. Die Versammlung hätte das Ziel, über einen endgültigen Friedensvertrag zwischen der Türkei, Griechenland und den alliierten Mächten zu verhandeln und ihn abzuschließen. Die alliierten Regierungen ergreifen die Gelegenheit, um zu erklären, daß sie dem Wunsche der Türkei, Thrazien bis zur Maritza und Adrianopel wieder zu erhalten, günstig gegenüberstehen.

Unter der Bedingung, daß die Regierung von Angora während der Friedensbesprechung nicht ihre Armee in die Gebiete sendet, deren vorläufige (!) Neutralität die alliierten Regierungen proklamiert haben, werden die drei Regierungen auf der Konferenz gern die Zuteilung dieser Grenze an die Türkei unterstützen, wobei übrigens vorausgesetzt wird, daß gemeinschaftlich in dem Vertrage Maßnahmen ergriffen werden zur Wahrung der Interessen der Türkei und ihrer Nachbarn, zur Entmilitarisierung noch zu bestimmender Zonen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens, um eine friedliche und regelmäßige Wiederherstellung der Autorität durchzusetzen und um schließlich unter den Auspizien des Völkerbundes in wirksamer Weise die Freiheit der Dardanellen, des Marmarameeres und des Bosporus, sowie den Schutz der Rassen und religiösen Minderheiten sicherzustellen. Die drei Regierungen werden übrigens gern die Zulassung der Türkei zum Völkerbund unterstützen. Sie sind sich einig darüber, die schon im März dieses Jahres gegebene Zusicherung zu erneuern, daß die alliierten Truppen aus Konstantinopel zurückgezogen werden, sobald der Friedensvertrag in Kraft tritt.

Die drei alliierten Regierungen werden ihren Einfluß aufwenden, um vor der Eröffnung der Friedenskonferenz den Rückzug der griechischen Streitkräfte auf eine Linie durchzusetzen, die durch alliierte Generale im Einverständnis mit den griechischen und türkischen Militärbehörden festgesetzt werden wird. Als Vergeltung für diese Intervention wird die Regierung von Angora sich verpflichten, weder vor noch während der Friedenskonferenz Truppen in die Zonen zu senden, die vorläufig für neutral erklärt worden sind, und weder die Dardanellen noch das Marmarameer zu überschreiten. Um die Linie, von der oben die Rede ist, zu bestimmen, könnte sofort eine Zusammenkunft zwischen Mustapha Kemal Pascha und den alliierten Generalen in Mudania oder Ismid stattfinden. Die alliierten Regierungen haben die Ueberzeugung, daß ihr Appell gehört werden wird und daß sie mit der Türkei wie mit ihren Alliierten an der Wiederherstellung eines Friedens werden zusammenarbeiten können, nach dem sich die ganze zivilisierte Menschheit sehnt.

*

Paris, 24. September. (Eig. Drahtmeldung.) Lord Curzon hat heute um 12 Uhr mittags Paris verlassen und ist nach London zurückgekehrt. Dem Berichterstatter der Radio-Agentur hat er sich folgendermaßen geäußert: „Ich bin sehr, sehr zufrieden von meinem Aufenthalt in Paris. Wenn Sie mich fragen, welches meine Eindrücke hier gewesen sind, so werde ich Ihnen antworten: es sind keine Eindrücke mehr, es sind mehr als Eindrücke und Hoffnungen. Sie werden sehen, daß die Akkorde, zu welchen wir hier die Grundlagen gelegt haben, in steter Entwicklung sind, und daß die Ruhe in Europa sozusagen gesichert ist."

Lloyd George rechtfertigt sich!

London, 24. September. Lloyd George nahm Gelegenheit, Pressevertretern gegenüber sich über die britische Politik im nahen Osten auszulassen, wobei er u. a. erklärte: Das britische Vorgehen entspringt zwei obersten Gesichtspunkten, erstens nämlich ist es eine wesentliche Bedingung für den Weltfrieden, daß die Freiheit der Meerengen gewährleistet wird. Der Zweck des englischen Vorgehens ist, dafür zu sorgen, daß diese Freiheit auf keine Weise bedroht werde. Großbritannien unternimmt damit keine Sonderaktion, sondern führt nur die Politik aus, die es im Oktober 1918 mit seinen Alliierten vereinbart hat. Wir sind nicht ein Jota von der Haltung abgewichen, die wir damals eingenommen haben. Unser zweites Ziel war die Ausbreitung des Krieges nach Europa zu verhindern. Wenn der Krieg nach Thrazien und unter die Rivalitäten zwischen Türken, Griechen, Bulgarien und Serben übergreifen würde, könnte das unübersehbare Folgen haben. Mit Hinsicht auf diese beiden Ziele hat England seine Position an den Meerengen verstärkt. Was die neutrale Zone angeht, so haben wir uns gegen Griechen wie Türken völlig unparteiisch verhalten. Was die Unterstellung angeht, wir provozieren durch unser Verbleiben in Tschanak einen Konflikt, so möchte ich sagen, daß es nach Meinung unserer militärischen Ratgeber unbedingt richtig ist, Tschanak zu halten, um die Freiheit der Meerengen für unbewaffnete Schiffe zu sichern.

Kemals Entschlossenheit.

London, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkische Kavallerie in der Nähe von Tschanak die neutrale Zone überschritten hat. Die Alliierten haben sofort eine Abordnung von Offizieren den Kemalisten entgegengeschickt, um durch gütliche Vermittlung den Rückzug der Truppen zu erlangen. Kemal Pascha hat folgende Proklamation an das türkische Volk gerichtet: An die türkische Nation! Edle und Siegreiche! Bisher hat der Feind mehr als 100 000 Mann an Toten und Gefangenen verloren. Große und edle türkische Nation! Dein siegreiches Heer grüßt dich vom Strande des Mittelmeeres!

*

Wenn man die Auslassungen der amtlichen türkischen Pressestelle liest, so muß man über den Ton, der in ihnen angeschlagen wird, einigermaßen erstaunt sein. Kemal redet mit den Alliierten wie Macht zu Macht und seine Forderungen werden mit einer solchen Bestimmtheit erhoben, daß man glauben könnte, hinter ihm ständen Millionen. Er setzt offenbar die britischen Musketen und die Rote Armee als feste Faktoren in seine Rechnung ein. Je energischer er auftritt, um so kleinlauter werden die Ententemächte. Jetzt hat er erklärt, daß er die Pariser Konferenz abwarten wolle, ehe er weitere militärische Unternehmungen beginnt. Gleichzeitig verkündet er aber im Diktatorenton, daß nur die sofortige Anerkennung der nationaltürkischen Forderungen, wie sie im Angorabeschluß niedergelegt sind, ihn von der praktischen Befreiung Thraziens abhalten würde. Es fehlt nur noch, daß Kemal Pascha den Alliierten ein Ultimatum stellt. Aber das kann noch kommen. Vorläufig wiegelt Poincaré ab. Er vertröstet die Türken auf die Friedenskonferenz. England läßt offiziös erklären, daß ein Krieg nur kommen könne, wenn von kemalistischer Seite ein feindseliger Akt begonnen würde. Lord Curzon hat die Rückgabe von Konstantinopel an die Türken für selbstverständlich erklärt. Nach seiner Meinung sind die Alliierten weiterhin bereit, die türkische Oberhoheit über Gallipoli anzuerkennen, nur über die Rückgabe von Adrianopel bestehen noch Meinungsdifferenzen. Man sieht, daß Kemal Pascha der Verwirklichung seiner Forderungen ziemlich nahegekommen ist. Wenn nicht alles täuscht, wird er sie zum weitaus größten Teile durchsetzen. Welche Stellung er zu der Note der Alliierten einnehmen wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen.

Die roten Truppen marschieren.

Konstantinopel, 24. September. (Eig. Drahtmeldung.) Wie aus Batum gemeldet wird, sind dort zwei russische Divisionen als Vorhut einer großen Armee angekommen. Es heißt, daß der Kommandant der türkischen Kaukasusarmee, Karabekir Pascha, mit zwei hervorragenden russischen Politikern eine wichtige Unterredung in Trapezunt gehabt hat.

Deutscher Sieg in Oberschlesien.

Die Wahlen zum polnischen Parlament.

Königshütte, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Stadt Königshütte hat ein vollständiges Ergebnis vorliegen. Es haben alle polnischen Parteien zusammen 8053 Stimmen erhalten, während die deutschen Parteien 17 748 Stimmen haben, so daß die Deutschen zusammen zweimal so stark sind wie die Polen. Von den drei deutschen Parteien erhielten in Königshütte die deutsche Sozialdemokratie 5599 Stimmen, die Katholische Volkspartei 4577 und die Deutsche Partei 7572 Stimmen.

*

Kattowitz, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die bisherigen Wahlergebnisse lassen nur soviel mit Sicherheit erkennen, daß die Schlesische Volkspartei (polnisch) eine außerordentliche Niederlage erlitten hat. Der Spitzenkandidat, der Wissale Trunthardt, hat nicht die geringste Aussicht, gewählt zu werden. Im 1. und 2. Wahlbezirk hat die Schlesische Volkspartei nahezu überhaupt keine einzige Stimme bekommen.

Die Option in Eupen-Malmedy.

Mit dem 20. September ist die Frist abgelaufen, in der die gegen ihren Willen unter belgisches Joch gezwungenen Bewohner von Eupen-Malmedy für Deutschland optieren können. Daß nur Wenige von diesem Rechte Gebrauch gemacht haben, ist bei dem Terrorismus der belgischen Behörden und der Gefahr, daß sie im Falle der Option für Deutschland ihren Grundsatz verschleudern müssen, nur allzu verständlich.

Ein spätes Geständnis.

Der belgische Franktireurkrieg und die Lügen von deutschen Greueln.

In der großangelegten Haß- und Greuelpropaganda, die die Entente während des Krieges gegen Deutschland führte und im Versailler Vertrag durch die Schuldlüge krönte, spielten von jeher die angeblichen deutschen Untaten in Belgien eine Hauptrolle. Belgien, wurde gleich nach Kriegsausbruch die Märtyrerin unter den Völkern, und eine rührende Geschichte nach der andern wurde erfunden, wonach die heldenhaften und edlen Belgier zu Hunderten ohne irgend ein Verschulden von den deutschen Barbaren an die Wand gestellt und erschossen, den zarten Kindern die Hände abgehackt, den Frauen die Brüste zerfleischt sein sollten u. dergl. mehr. Noch vor kurzem hat die belgische Regierung sich nicht gescheut, in der Stadt Ethe ein Denkmal zur Erinnerung an einige von den deutschen Truppen erschossene Belgier mit entsprechend verhetzender Inschrift zu errichten, und bis auf den heutigen Tag grassiert überall in der Welt die Legende, daß die Deutschen sich in Belgien ohne jeden Grund grauenvoller Gewalttaten schuldig gemacht und Tausende von Belgier füsiliert hätten, aus keinem andern Grund, als weil sie eben Belgier waren. Demgegenüber ist von deutscher Seite bereits zahllose Male der wirkliche Sachverhalt dahin klargestellt worden, daß ein großer Teil der belgischen Bevölkerung vom ersten Tage des deutschen Einmarsches an einen hartnäckigen und erbitterten Franktireurkrieg geführt hat, und daß das, was an den von Ententeseite behaupteten deutschen Maßnahmen in Belgien richtig ist, die Erschießung einzelner belgischer Bürger, sich als eine, durch das Kriegsrecht gebotene Repressivmaßnahme gegen den völkerrechtswidrigen Franktireurkrieg darstellt.

Auf diese deutsche Richtigstellung hat die Entente natürlich keine rechtlichen Widerlegungen finden können und sich mit der einfachen Bestreitung der Tatsache begnügt, daß in Belgien irgendwie ein Franktireurkrieg geführt worden sei. Da der Entente schon während des Krieges ein ungeheurer Nachrichtenapparat zu Gebote stand und Deutschland jetzt nach seiner Niederlage auch publizistisch bis zu einem gewissen Grade wehrlos ist, hat sich die Wahrheit gerade über die belgischen Angelegenheiten noch immer nicht mit der notwendigen Schnelligkeit und Deutlichkeit verbreitet. Allerdings sind im Laufe der drei letzten Jahre viele von den Lügen zusammengebrochen, mit der die Entente bisher über den Ursprung und die Führung des Weltkrieges die öffentliche Meinung verwirrte, und an die Lüge von der deutschen Alleinschuld am Krieg glaubt im Grunde niemand mehr, dem aus dem Archiv der Ententestaaten einige Kostproben über den entschlossenen Kriegswillen der dortigen Staatsmänner bekannt geworden sind. Immerhin bleibt für uns noch viel zu tun, um dem Rattenkönig von Lügen, den die Entente über Deutschland in die Welt gesetzt hat, einen Kopf nach dem andern abzuschlagen. Da ist es nun von besonderem Interesse, daß einem bekannten belgischen Blatte, dem belgischen Sozialistenorgan „Le Peuple" einmal der Mund durchgegangen ist, und das in einem begeisterten Erinnerungsartikel an die Augusttage 1914 das folgende offene Eingeständnis gemacht hat: „. . . Die ganze Bevölkerung erhob sich in einer Aufwallung von Tatkraft und Zorn, begeistert und bereit, an der Seite unserer auszieheuden Soldaten zu kämpfen." Damit ist die Tatsache des belgischen Franktireurkrieges von zuständiger Seite zugegeben worden, und die gesamten Legenden, die die Entente bisher über den deutschen Einmarsch in Belgien verbreitet hat, sind hinfällig geworden.

Gegen eine im Franktireurkrieg befindliche Bevölkerung mußte die deutsche Heeresbehörde natürlich nach den Bestimmungen des Kriegsrechts vorgehen, ganz abgesehen davon, daß es nicht immer möglich war, die durch die fortwährenden Angriffe und Brutalitäten der belgischen Franktireurs aufs äußerste gereizten deutschen Soldaten im Zügel zu halten. Es ist in der Tat erstaunlich, daß der belgischen Zeitung diese Ungeschicklichkeit passieren konnte, aber es sind ja immer die unfreiwilligen und geheimsten Geständnisse, die am wertvollsten sind. Gespannt darf man sein, wie man sich auf belgischer Seite aus dieser Angelegenheit herausreden wird. Angesichts der Eindeutigkeit der Aeußerung des „Peuple" wird das natürlich nicht ganz leicht sein. Für den nachdenklichen Psychologen ist es nicht ohne Interesse, zu sehen, wie eine Lüge nach der andern in sich zusammenfällt, und wie schließlich von dem ganzen komplizierten Gewebe, mit dem die Entente die öffentliche Meinung der Welt verwirkt hat, kaum etwas übrig bleiben. Inwieweit sich diese Erkenntnis, daß im Wesentlichen alles, was die Entente während des Krieges in die Welt gesetzt hat, Schwindel war, sich praktisch auswirken wird, bleibt abzuwarten. Frankreich wird das seinige tun, damit die Welt nach wie vor im Lügengewebe gefangen bleibt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220925010/fragment/page=0001

Akademiker und Arbeiter.

In der ausgezeichneten sozialpolitischen Wochenschrift „Soz. Praxis" untersucht der verdienstvolle Herausgeber Prof. Dr. Ludwig Heyde das Thema: Student und Sozial-Politik. Dabei macht er die folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

Der durchschnittliche Student von heute ist vom Krieg und der Nachkriegszeit entscheidend in seiner geistigen und seelischen Struktur beeinflußt. Die älteren Studierenden, insbesondere die ehemaligen Offiziere, verschwinden jetzt schnell aus den Hörsälen. Wir Professoren sprechen bereits meistens wieder vor jungen Männern, die zwar den Krieg selbst als Soldaten noch kurze Zeit mitgemacht haben, aber vor acht Jahren, bei Kriegsbeginn, noch Kinder waren. Viele sind auch schon nicht mehr ins Feld gekommen. Es ist für uns überaus schwer, uns in diesen jungen Seelen ganz zurecht zu finden. Sie tragen an manchen Dingen, die uns drücken, leichter als wir, finden sich z. B. in den Geldentwertungsprozeß — auch wenn sie selbst proletarisiert und nachgerade „Objekt" sozialer Fürsorge sind, oder sein wollten — viel naiver hinein als wir, die den alten Geldwert noch immer als die empirische Skala von Lebensjahrzehnten mit uns herumtragen. Andererseits ist oft in ihnen die Vorstellung lebendig, als sei die Vorkriegszeit eine einzige, ideale Herrlichkeit gewesen; das Kinderland, glückvoll besonnt, verbindet sich in ihnen eigenartig mit der einstigen Größe und Kraft des Vaterlandes, und ihre ipsische Abneigung gegen die neuen Verhältnisse ist meist einfach die Auflehnung gegen die Härte, mit der das Leben sie, als sie in so schweren Zeitläuften Erwachsene wurden, plötzlich und unvermittelt angefaßt hat. Es ist sehr leicht, einen empfänglichen Teil dieser in einem besonderen Sinn entwurzelten Jugend, an der die höhere Schule obendrein oft genug gesündigt hat, zu erhitzen. Davon hierüber zu sprechen, erscheint nicht nötig. Andere haben es, wenn auch mit unterschiedlichem Takte, an anderer Stelle getan. Allein für das Lehrgebiet der Sozialpolitik gewinnt diese Lage der Dinge ihre besondere Bedeutung. Die Stellung des Studenten zur Sozialpolitik ist naturgemäß in ganz besonderem Maße abhängig von seiner Stellung zum deutschen Arbeiter. Daß das Verhältnis zwischen Arbeiter und Student heute unbefriedigend ist, bestreitet niemand. Von einem gewissen Maße gegenseitiger Abneigung an, schwindet eben die Möglichkeit, Tatbestände mit innerem Verständnis wirklich zu klären. In omnibus caritas: ohne liebevolle Einfühlung kein tieferes Erkennen.

Gewiß tragen auch dünkelhafte Verengung des eigenen Gesichtskreises, frühzeitiges Streben nach einem Syndikusposten bei der Industrie, Ueberlastung mit Brotsorgen und familiäre Not viel dazu bei, daß der Student zum Arbeiter oft kein inneres Verhältnis findet, auf dem noch wissenschaftliches Erkennen studieren kann. Allein, die Gründe liegen nicht einseitig beim Studenten. Ein Blick in die Arbeiterpresse zeigt, wie viel auch auf der Gegenseite gesündigt und zerstört wird. Ein Teil dieser Presse glaubt, der Republik am besten zu dienen, wenn er jeden Tag irgendeinen Bagatell-Klatsch über Offiziere und Studenten auftischt und die Massen mit Haß und tiefstem Mißtrauen gegen diese Gruppen erfüllt. Wird schon einmal von der Not der Studenten gesprochen, so geschieht es meist ohne Herz, bisweilen auch mit der Tendenz: wenn diese Leute proletarisiert sind, warum ziehen sie dann nicht mit ihren Klassengenossen, den Arbeitern, am selben politischen Strange? Für die ländliche Eigenkultur der Akademiker hat man so wenig Sinn, wie man es bisher verstanden hat, eine eigene Arbeiterstandeskultur zu wecken, statt im Schlepptau bourgeoiser Lebensgestaltung zu segeln: alles wird primitiv auf die Kategorie der „Klasse" — obendrein begrifflich ganz unklar — abgestellt. Der Typus des bummelnden Mitläufstudenten führt in der Phantasie eines Teils der Arbeiterpresse noch immer ein gesegnetes Dasein; sein Bild wird nur noch durch einige politische Akzidenzien und die studentische Mitwirkung an der Technischen Nothilfe bereichert. Schandtaten einzelner Mordbuben, die zur Studentenschaft gehört haben, werden mehr oder weniger der Gesamtschaft der Kommilitonen angehängt, obwohl diese in ihrer gewaltigen Ueberzahl nur ruhig arbeiten und bald ins Erwerbsleben treten wollen, politisch aber sich zwar an dem landesüblichen Weitblick weiter Mittelstandskreise gegen die neuen Verhältnisse beteiligen, jedoch eine noch so entfernte Mitschuld an dem geflossenen Blute mit gutem Gewissen ablehnen dürfen.

Es ist an der Zeit, daß die Arbeiterpresse, die nach dem Eintritt ihrer besten Kräfte in staatliche und gemeindliche Verwaltungsstellen, schlechter redigiert wird als vor und in der Kriegszeit, einlenkt. Die bisherigen Methoden verpesten täglich aufs neue das Verhältnis zwischen zwei Volksgruppen, die gerade im neuen Staate aufeinander angewiesen sind. Die Republik wird an den Unreifheiten der Jugend, deren Auswüchse natürlich mit eiserner Faust niedergehalten werden müssen, nicht zugrunde gehen: sie wird aber am Mangel an Intelligenzen, die treu zu ihr stehen, sich verbluten, wenn die bisherige Haltung der Arbeiterpresse uno. ihr folgend, diejenige der Massen gegen das heranwachsende Akademikerium sich nicht ändert. Auch hier gilt: in omnibus caritas! Mehr liebevolles Gewinnen-Wollen als Abstoßen und Verdächtigmachen! Mit den paar intellektuellen November-Sozialisten wird die Arbeiterschaft den neuen Staat nicht aufbauen und erhalten können. Gerade die Sozialpolitik hätte von einer Verständigung zwischen Student und Arbeiter den größten unmittelbaren Nutzen. In ihr zu arbeiten, ist nicht so schwer, wie es scheinen mag. Wir können als Hochschullehrer viel dazu tun, wenn wir versuchende Psychologen und Soziologen sind. Und die Studentenschaft kann selbst, an unserer Lehre anknüpfend, weit mehr als bisher dazu tun. Es ist freilich nicht mehr viel Zeit zu verlieren.

Die sozialistische Einigung.

Nürnberg, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.) Emil Fischer-Nürnberg begrüßte im Namen der beiden Parteiorganisationen Nürnbergs die Parteitagsdelegierten. Pfannkuch eröffnete dann den Einigungsparteitag mit einer kurzen Ansprache. Auf Vorschlag Pfannkuch werden Wels, bisher SPD., und Dittmann, bisher USPD., einstimmig zu Parteitagsvorsitzenden gewählt. Hermann Müller belahte in seinem Referat die Frage, ob die Einigung von Dauer sein werde. Die geeinte Partei habe die Aufgabe, den Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterklasse noch stärker anzunehmen. Abg. Adolf Crispien betonte besonders die Bedeutung der Einigung der deutschen Sozialdemokratie für die Einigung der Sozialdemokraten aller Länder. Die geeinigte internationale Sozialdemokratie werde in allen Ländern eine Macht darstellen, die letzten Endes auch die vom kapitalistischen Imperialismus diktierten Friedensverträge beseitigen werde. Als Vertreter der in den freien Gewerkschaften organisierten Sozialisten sprach Brandes-Stuttgart. Wels brachte hierauf das von den beiden Parteien vereinbarte Aktionsprogramm für die vereinigte Partei zur Abstimmung. Als er die einstimmige Annahme feststellte, erhoben sich die Delegierten und Zuhörer zu Stürmischen, minutenlang anhaltenden Beifallskundgebungen. Zu Parteivorsitzenden wurden einstimmig gewählt Hermann Müller, Crispien und Wels. Wels begrüßte dann die vielen aus den europäischen Ländern und aus Amerika erschienenen Vertreter der sozialistischen Parteien. In ihrem Namen sprach, lebhaft begrüßt, Ammon-England. Er feierte die Einigung der deutschen Sozialdemokratie als einen Erfolg für den internationalen Sozialismus. Bei seinem Aufenthalt im besetzten Rheinland habe sich seine Ueberzeugung bestärkt, daß diesem Zustand ein Ende gemacht werden müsse. Wels dankte den ausländischen Vertretern und verlas dann ein Manifest der neu zusammengeschlossenen Partei. Durch einmütiges Erheben von den Sitzen stimmten die Parteitagsmitglieder dem Manifest zu. In seinem Schlußwort wies Wels auf die historische Bedeutung des Einigungsbeschlusses von Nürnberg hin. Man könne fast so vermessen sein, Goethes Wort darauf anzuwenden: Von hier aus hebt eine neue Epoche der Weltgeschichte an, und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabei gewesen. Die Versammlung stimmte zum Schluß den Sozialistenmarsch an. Damit war nach 12 Uhr der Parteitag geschlossen. Nachmittags veranstalteten die Nürnberger Sozialisten Massendemonstrationen, bei denen auch ausländische Führer sprachen.

Die Pflicht zur Arbeitsstreckung.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die wirtschaftliche Aufschrift infolge des Marksturzes und insbesondere die Erschwerungen im Bezug ausländischer Rohstoffe haben stellenweise die Gefahr einer Verminderung der industriellen Tätigkeit nahegerückt. Dies gibt Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsstreckung noch in Kraft sind. Nach § 12 der Verordnung vom 12. Febr. 1920 (Reichsgesetzblatt S. 218) dürfen Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl nur dann vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter vierundzwanzig Stunden herabgesetzt zu werden. Gegebenenfalls kann der Arbeitgeber Lohn oder Gehalt der verkürzt arbeitenden Arbeitnehmer entsprechend herabsetzen, jedoch erst von dem Zeitpunkt an, an welchem eine Entlassung der betreffenden Arbeitnehmer hätte erfolgen können, wenn die Arbeitsstreckung nicht Platz gegriffen hätte.

Die Vorschriften über Arbeitsstreckung gelten nicht bei der Entlassung von Arbeitnehmern, die nur zur vorübergehenden Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen worden sind. Soweit Entlassungen erfolgen müssen, sind nach § 13 der genannten Verordnung für die Auswahl zunächst die Betriebsverhältnisse maßgebend, sodann Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeitnehmers. Besonderer Schutz ist für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und so weiter vorgesehen. Für Streitigkeiten, die aus der Anwendung dieser Bestimmungen entstehen, sind die Schlichtungsausschüsse zuständig.

Winterarbeit für den Reichstag.

Neue Beamtengesetze. — Die gesetzlichen Feiertage.

Berlin, 24. September. Das Reichsministerium des Innern wird dem Reichstag eine Fülle von Gesetzentwürfen vorlegen, die z. T. fertig, zum Teil nahe vor der Vollendung sind. Das gesamte Beamtengesetz wird z. Zt. einer Neuregelung unterzogen. Folgende drei Entwürfe werden vorweg genommen: 1. Ein Gesetz über die Altersgrenze der Reichsbeamten. Es steht vor, daß alle Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, am 1. April, bzw. 1. Oktober, der die Vollendung des 65. Lebensjahres folgt in den Ruhestand treten. 2. Das Gesetz über die Krankenversicherung der Reichsbeamten soll mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage ebenfalls vorweggenommen werden. Nach dem Entwurf werden sämtliche Beamte in Zwangskrankenkassen zusammengefaßt, wobei die bereits bestehenden Krankenkassen der Post und der Verkehrsverwaltung unberührt bleiben. 3. Ein Gesetz über die Regelung von Dienststrafen. Dieses Disziplinargesetz weist eine Neuregelung des gesamten formellen Rechts auf. Das materielle Recht bleibt unberührt. Aus Kreisen der Beamten sollen nach dem Vorbild der Schöffen und Geschworenen Beisitzer gewählt werden. Neu ist auch, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens eingeführt werden soll.

Weiter ist ein Entwurf über die Einführung des Reichsverwaltungsgerichts vorbereitet worden. In Vorbereitung ist ein Gesetzentwurf über das Verwaltungsstrafrecht und Verwaltungsstrafverfahren.

Abgeändert ist ein Gesetzentwurf, der das Reichsvereinsgesetz neu gestalten soll. In Vorbereitung ist auch ein Gesetz zur Ausführung des Artikels 48 der Reichsverfassung. Der Reichsrat bereitet ferner ein Gesetz über die Erhaltung der Kriegergräber im Reichsgebiet vor. Dann wird dem Reichstag noch zugehen ein Gesetz zur Aenderung des Reichswahlgesetzes. Es handelt sich da nicht um ein Gesetz von politischer Bedeutung, sondern mehr um eine Aenderung der technischen Bestimmungen. Von größerer Bedeutung ist noch der Gesetzentwurf über die Regelung der gesetzlichen Feiertage. Der Entwurf sieht als Nationalfeiertag den Verfassungstag, den 11. August, vor. Es ist die Bestimmung getroffen worden, daß den Ländern die Beibehaltung bzw. Einführung des 1. Mai als Feiertag gestattet sein soll. Die großen kirchlichen Feiertage bleiben reichsgesetzlich geschützt und werden dem Eingriff der Landesgesetzgebung entzogen.

Die Kinderfahrkarte bis zum 10. Jahre.

Der Reichstag hat bei der Beratung des Haushaltes eine demokratische Entschließung angenommen, nach der bei künftigen Tarifmaßnahmen die Kinderfahrkarte statt bis zum 10. Lebensjahre bis zum 14. Lebensjahre und die Freifahrt von Kindern statt bis zum 4., bis zum 6. Lebensjahre zu erstrecken ist. Diese Entschließung ist bisher noch nicht zur Beratung gelangt. Dagegen verlautet, daß die Personentarife erneut erhöht werden müssen. Da es unbedingt notwendig erscheint, dafür zu sorgen, daß bei dieser Erhöhung eine Verschiebung der Mehrlast von den Schultern der kinderreichen Familien auf die übrigen Benutzer der Staatsbahn stattfindet, hat der demokratische Abgeordnete Koch ein Schreiben an den Haushaltungsausschuß des Reichstages gerichtet, in dem er um eine schleunige Beratung dieser Frage bittet.

Einführung einer Roggenwährung? Der Ministerpräsident von Oldenburg, Tantzen, plant die Einführung einer Roggenwährung durch Ausgabe eines Roggenpapiers, das eine bestimmte Menge Roggen wert ist. Der Inhaber erhält nach vier Jahren den dann geltenden Wertbetrag für eine entsprechende Menge Roggen zurück.

Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat auf Antrag des Verteidigers Dr. Luetgebrune den Haftbefehl gegen den Schriftsteller Dr. Stein (Burg Saaleck) ohne Stellung einer Kaution aufgehoben. Dr. Stein ist Freitag nachmittag aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit entlassen worden.

Der heutige Wert geistiger Arbeit. Die Kistenmacher streiken, weil sie nicht für die Stunde etwa 100 Mark erhalten. Die Herren, die der Prüfungskommission für das höhere Lehramt angehören, sind vor einiger Zeit vorstellig geworden, den schon einmal (von 2,50 Mark auf 3,80 Mark für die Stunde) erhöhten Vergütungspreis für ihre Bemühungen auf mindestens 50 Mark heraufzusetzen. Sie bekommen zurzeit noch 3,80 Mark; das ist allerdings über dreimal soviel, wie die Studienassessoren (1,20 Mark für die Arbeitsstunde) erhalten. Aber es scheint auch bei bescheidensten Ansprüchen zu wenig zu sein; denn die Prüfungen werden jetzt in der Groß-Lichterfelder Kadettenanstalt abgehalten. Die Fahrt dorthin kostet mehr als das Honorar für den Examinator. Ein Bescheid auf die Eingabe ist noch nicht erfolgt.

Die Not der Presse. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" erscheinen ab 1. Oktober nur noch siebenmal wöchentlich.

Der Schöpfer des „Als ob" siebzig Jahre.

„Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn es hochkommt, sind es achtzig Jahre, und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen." Selten hat ein Mensch die tiefe Wahrheit des Psalmisten in höherem Maße an sich selber verspürt, als der Philosoph, der am 25. September d. Js. sein siebzigstes Lebensjahr vollendet: Geheimrat Prof. Dr. Hans Vaihinger.

Aus dem Schwabenland gebürtig, das Deutschland so viele große Männer geschenkt hat, einem frommen Pfarrhause entstammend, auf der heimischen Universität, sowie in Leipzig und Berlin ausgebildet, erlangte er in Straßburg das erste akademische Amt. Nach wenig Jahren wurde er als außerordentlicher Professor nach Halle gerufen, wo er zum Ordinarius aufrückte und während einer langen Zeit mit großem Erfolge dozierte, bis ein früh einsetzendes Augenleiden ihn zur Aufgabe seines Lehramtes zwang. Trotz seiner Erblindung ist er ein Schaffender geblieben, der er immer war. Der treuen Gattin und selbstlosen Freunden ist es zu danken, wenn Geheimrat Vaihinger noch sein Lebenswerk veröffentlichen konnte.

Wissenschaftlich ist der Jubilar von logischen Studien ausgegangen, und auch seine Straßburger Habilitationsschrift ist bemerkenswert geblieben. Sie behandelt das Gebiet, auf dem der Denker später sein berühmtes Gebäude aufbauen sollte: die Lehre von den Fiktionen. Der Grundgedanke ist der folgende: Oftmals in Wissenschaft und Praxis gehen wir von Annahmen aus, deren Unmöglichkeit bzw. Unwahrscheinlichkeit feststeht, und trotzdem kommen wir zu Resultaten, die nicht nur praktisch uns fördern, sondern auch wissenschaftlich vollauf befriedigen. Sie müssen in strengsten Gegensatz gestellt werden zu den Hypothesen. Diese basieren auf einem mehr oder weniger umfassenden Tatsachenmaterial, werden bewußt aus diesem abgeleitet und harren der fortwährenden Bestätigung durch neue Tatsachen. Der Gang der Wissenschaft lehrt nun, daß nicht selten die Fiktionen auch heute noch verkannt werden, indem man sie als Hypothesen behandelt.

Diese im allerersten Ausmaße skizzierte Lehre von den Fiktionen fand schon irsh Beifall. Kein Geringerer als der bekannte Verfasser der Geschichte des Materialismus Friedrich Albert Lange anerkannte die Bedeutung dieser neuen Provinz der Logik bzw. Methodenlehre.

Vaihinger selbst wandte sich zunächst geschichtlichen Studien zu, die sich mit Gegenwartsphilosophie beschäftigten. Dann aber richtet er sein Augenmerk auf eine umfassendere Aufgabe. Die Wiederkehr des Erscheinungsjahres von Kants Kritik der reinen Vernunft gab Veranlassung, einen großzügigen Kommentar zu diesem Werke in Angriff zu nehmen. Alles was Kant selbst geschrieben, und was bisher über Kant geschrieben ist, sollte benutzt werden. Es entstand ein Buch, das seinesgleichen nicht hat. Neben exegetischer Kleinarbeit hat es der Verfasser verstanden, großzügige Durchblicke zu eröffnen, die uns eine Uebersicht über das Panorama der ganzen Kantischen Philosophie geben. Das längere Zeit vom Büchermarkt verschwundene Werk erscheint gegenwärtig in neuer Auflage, die zugleich Ergänzungen bis zur Gegenwart bieten soll.

Um sein Werk fort und fort zu ergänzen, bedurfte es eines periodischen Publikationsorgans. So schuf Vaihinger die „Kantstudien". Ursprünglich als Sammelstelle aller Veröffentlichungen über Kantische Philosophie gedacht, sind sie heute zu einer umfassenden philosophischen Zeitschrift geworden, in der Beiträge veröffentlicht zu haben, eine besondere Ehre bedeutet.

Zur Durchführung und Stützung der Kantstudien bedurfte es eines Vereins. Vaihinger gründete in Halle die Kantgesellschaft, die heute Tausende von Mitgliedern aus aller Herren Länder zählt, und was denen berühmte Pfingsttagungen im Begriffe sind, sich zu einem allgemeinen philosophischen Kongreß auszugestalten.

Endlich kehrte der gereifte Mann zum Lieblingswerke seiner Jugend zurück. Und, obwohl sein sorgfältig im Schreibtische eingesperrtes Werk erst nach seinem Tode erscheinen sollte, mußte sich sein Verfasser doch entschließen, es der großen Oeffentlichkeit noch bei Lebzeiten preiszugeben. Ein Erfolg war ihm beschieden, der selten einem Buche zuteil wird, das durch seinen Dimensionen Furcht erwecken kann. Die „Philosophie des Als ob" liegt heute schon in zahlreichen Auflagen und Uebersetzungen vor, und binnen kurzem wird sogar eine „Volksausgabe" erscheinen. Was der Verfasser seinem späten Kinde in der Vorrede wünscht, daß es vielen ein Führer werden möge und manchem in schweren Zweifeln Kämpfenden einen treuen Berater abgeben möge, das ist in reichem Maße in Erfüllung gegangen. Neben Spenglers Untergang des Abendlandes und allenfalls den Schriften des Grafen Kalserlingk ist Vaihingers Werk des meist diskutierteste der philosophischen Gegenwart. Und sein Inhalt? Es ist die systematische Durchführung der Gedankenreihen jenes Jugendwerkes, von dem schon die Rede war. Es wird nicht nur eine bis ins Einzelne durchgeführte Theorie der Fiktionen gegeben, sondern auch eine ausgedehnte Nutzanwendung derselben auf die mannigfaltigsten Gebiete der menschlichen Wissenschaft. Nicht auf das Gebiet der Philosophie im engen Sinne beschränkt sich die Anwendung des Als-ob, sondern die Theologie, die Jurisprudenz und Nationalökonomie, die Medizin und die Naturwissenschaft, aber auch viele Zweige der Geisteswissenschaften müssen von dem Mittel der „regulativen Prinzipien", wie Kant sie nannte, häufig Gebrauch machen. Dazu kommen kritisch-historische Exkurse über Kant und Fr. Nietzsche.

Wohl handelt es sich bei dem Probleme nicht um eine völlige Neuentdeckung, denn schon Immanuel Kant verwendet es an einem besonders wichtigen Orte, nämlich bei der Untersuchung der Möglichkeit der Metaphysik als Wissenschaft. Auch H. Lotze hat bereits in seiner Logik auf die Bedeutung der Partikel „Als ob" hingewiesen. Aber erst Vaihinger war es vorbehalten, sich eingehender mit den Fiktionen zu beschäftigen, ihre Tragweite und die eminente Bedeutung derselben für die gesamte menschliche Erkenntnis zu erforschen. Damit aber bahnt sich eine gewisse Relativisierung der Erkenntnis an, und gerade darauf beruht die „propädeutische" Bedeutung des Buches. In gewisser Beziehung werden bereits jetzt Parallele gezogen zwischen Vaihingers Philosophemen und der Relativitätstheorie Einsteins.

Zum Studium dieses Fiktionalismus und zur Publikation hier her gehöriger Arbeiten hat der Hallenser Philosoph eine neue Zeitschrift herausgegeben: Die Annalen der Philosophie, die bereits im dritten Jahrgange erscheint, wertvolle Mitarbeiter zählt und namhafte Beiträge, sowohl zur Philosophie des Als ob, als auch zur allgemeinen Philosophie enthält. Eine Ergänzung sollen die in zwanglosser Reihe in München erscheinenden „Bausteine zu einer Philosophie des Als ob" bringen. Zur Fundierung beider literarischen Erscheinungen ist mit dem Stammsitz in Halle eine Vereinigung der Freunde der Philosophie des Als ob gegründet worden, die ebenfalls schon im In- und Auslande viele Mitglieder zählt.

Systematisch lehnt sich der Fiktionalismus an eine Weltanschauung an, die bemüht ist, die gesicherten Ergebnisse des Idealismus mit dem fester auf dem Boden der Wirklichkeit stehenden Positivismus zu vereinigen, und damit zugleich die Brücke zu schlagen zwischen dem Neukantianismus und dem Positivismus.

Wenn heute von nah und fern sich die Gedanken vieler dem greisen Jubilar zuwenden, der in der Stille eines thüringer Kurorts weilend sich den Anstrengungen einer lauten Feier entzogen hat, so werden sich unser aller Wünsche in der Hoffnung vereinigen, daß es Geheimrat Vaihinger noch lange beschieden sein möge, unter uns zu weilen und zum Segen der Wissenschaft und unserer Kultur zu wirken!

E. U.

Stadttheater. Heute und Donnerstag 7½ Uhr „Jedermann", Dienstag und Sonnabend 7½ Uhr „Der Waffenschmied". Mittwoch 7 Uhr „Die Walküre", Freitag 7½ Uhr Erstaufführung „Eugen Onegin", Oper von Tschaikowsky, Montag 7 Uhr „Peer Gynt".

Die Uraufführung von „Bahnmeister Tod", der am Dienstag im Thaliatheater in Szene geht, beginnt 7½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220925010/fragment/page=0002